

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich «VLGAmtsbezeichnung»	Datum
	Schriftführer/in Telefon-Nr. 02202/14-
Niederschrift	
	Sitzung am 15.03.2001
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

- A Öffentlicher Teil**
- 1. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**
 - 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom
18.01.2001 im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -
132/2001**
 - 3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**
 - 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**
 - 5. Hilfe zur Arbeit - Bilanz 2000
129/2001**
 - 6. Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern,
Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern in städt. Notunterkünften im Jahre
2000
137/2001**
 - 8. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -**

Protokollierung SOZIALES

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 18.01.2001 im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Frau Schöttler-Fuchs erkundigt sich nach der Reaktion des Landrates auf das Schreiben der Bürgermeisterin vom 12.02.2001 zur Beteiligung des Rheinisch-Bergischen Kreises am *Beschäftigungsprojekt Fahrradwerkstatt/Kleiderfundus* vom 12.02.2001.

Herr Zenz antwortet, dass als Reaktion auf das genannte Schreiben nun Gespräche zwischen Vertretern des *Netzwerks Wohnungsnot Rhein-Berg* (betrieben von *Diakonie* und *Caritas*) als Träger der Maßnahme, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Bergisch Gladbach geführt werden sollen. Es hat sich herausgestellt, dass die prognostizierten Kosten zu hoch angesetzt waren. Auf der Grundlage geringerer Kosten wird eine neue Arbeitsgrundlage zur Kostenverteilung geschaffen. Der Rheinisch-Bergische Kreis hat signalisiert, sich im Rahmen von sogenannten Qualifizierungszuschüssen beteiligen zu wollen.

Herr Schnöring weist darauf hin, dass das Schreiben der Bürgermeisterin auch den Kreistagsfraktionen vorliegt. Mithin könne auch auf diesem Wege Einfluss auf den Fortgang des Beschäftigungsprojekts genommen werden.

In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) wird über die weiteren Verhandlungen berichtet.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Mitteilungen der Bürgermeisterin vor.

5 Hilfe zur Arbeit - Bilanz 2000

Frau Münzer bemerkt, dass nicht nur eine gute Statistik über in Arbeit vermittelte Personen wichtig sei. Wichtiger sei es, eine Arbeitsstelle, ein Aus- oder Fortbildungsangebot zu vermitteln, das auch zur zu vermittelnden Person passe.

Andernfalls sei ein Scheitern häufig vorprogrammiert.

Hierzu stellt Herr Zenz klar, dass die erfolgreiche Vermittlung des Einzelnen in feste Arbeitsplätze Vorrang vor einer guten Statistik-Entwicklung hat.

Herr Schnöring geht auf die Ausführungen zu den Vermittlungshemmnissen ein. Er bittet zu erläutern, auf welche Maßnahmen zum Abbau von Sprachhemmnissen zurück gegriffen werden kann.

Hierzu erläutert Herr Dekker, dass ausländische Hilfesuchende mit fehlenden Sprachkenntnissen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis in Sprachkurse vermittelt werden können.

Frau Schöttler-Fuchs bittet darum, eine Sozialhilfestatistik vorgelegt zu bekommen, um eine Relation zu den im Jahr 2000 vermittelten 465 Personen herstellen zu können.

Herr Dekker führt aus, dass die Zahl von 465 Vermittelten außerordentlich hoch sei und über die Jahre kontinuierlich gesteigert werden konnte. Gleichzeitig warnt er davor, diese Erwartungen an jedes neue Jahr zu stellen.

Frau Wöber-Servaes fragt nach, ob die Tätigkeit der Firma *Maatwerk* eingestellt sei.

Herr Schnöring bittet mitzuteilen, welche Kosten die Stadt für das *Maatwerk*-Projekt aufgewendet hat.

Herr Dekker bestätigt den Abschluss des *Maatwerk*-Projekts zum 31.05.2000. Zu den Kosten wird nach Abrechnung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) berichtet.

Frau Ono-Feller erscheint um 18:15 Uhr zur Sitzung.

Frau Wöber-Servaes würdigt die Arbeit der MitarbeiterInnen in der *Hilfe zur Arbeit*. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich nach dem Arbeitsumfang und damit verbundenen Stellenbedarf in diesem Tätigkeitsbereich.

Herr Zenz erläutert, dass einerseits die Fallzahlen im Sozialbereich abnehmen. Andererseits wird das Klientel im Bereich der *Hilfe zum Lebensunterhalt* zunehmend schwieriger und erfordert damit einen höheren Betreuungsaufwand, je erfolgreicher vermittelbare Menschen durch die MitarbeiterInnen der *Hilfe zur Arbeit* vermittelt werden. Mithin werde der Sozialbereich des Personals in dieser Größenordnung auch weiterhin bedürfen.

6 Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern in städt. Notunterkünften im Jahre 2000

Frau Schöttler-Fuchs dankt für die umfangreiche Mitteilungsvorlage. Sie meldet den Wunsch der SPD-Fraktion an, wieder eine Rundfahrt durch die Unterkünfte unternehmen zu wollen.

Herr Zenz gibt zu bedenken, dass Rundfahrten ganzer Gruppen mit den Gefühlen und der Würde der in den Unterkünften lebenden Menschen nur schwer zu vereinbaren seien. Er schlägt vor, dass sich Ausschussmitglieder mit besonderem Interesse an einer Besichtigung einzeln oder in kleinen Gruppen und in Absprache mit Herrn Scherer vom Fachbereich *Jugend und Soziales* zu einer Rundfahrt treffen könnten.

Frau Bendig lobt die von der Verwaltung entwickelte und soeben dargestellte Sensibilität.

Frau Zanders verlässt die Sitzung um 18:20 Uhr.

Herr Schnöring fragt nach der Zukunft der Unterkünfte *Am Driescher Kreuz (Hauptstr. 97)* und *Jakobstr.* und der hierin lebenden Menschen.

Herr Tillmann berichtet, dass derzeit noch 65 Personen unterzubringen sind. Momentan sind in der Unterkunft *Hauptstr. 97* noch 3 Personen verblieben, die Ende März in private Wohnverhältnisse wechseln werden. Als Ersatzunterkünfte stehen die Häuser *Gartenstr. 26-30* und *Hecken 3a-3c* zur Verfügung. Insgesamt gibt es noch 30 Reserveplätze. Bis zum 31.03.2001 soll die Unterkunft *Hauptstr. 97* geschlossen und danach der Mietvertrag zum Jahresende abgewickelt werden. Eine anderweitige Nutzung des Mietobjekts ist nicht möglich, da die Stadt die Immobilie seinerzeit als Neubau übernommen hat und das Gebäude bis zum Ablauf der Mietzeit in seinen Urzustand zurück versetzen muss.

Bezüglich der Entwicklung in der Unterkunft *Jakobstr.* wird die Verwaltung eine Beantwortung der Frage nachreichen.

Frau Ono-Feller weist darauf hin, dass auch der Ausländerbeirat Einrichtungen besichtigt hat. Bei diesen Besuchen seien an die Besucher seitens der Bewohner auch Probleme herangetragen worden, die im Nachhinein dann auch gelöst werden konnten. Im letzten Hauptausschuss habe der Ausländerbeirat durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Anregung erhalten, Einrichtungen zu besuchen, die sich verstärkt der Betreuung von Kindern und Jugendlichen widmen. Dies soll in der nächsten Sitzung des Ausländerbeirats am 04.04.2001 beraten werden.

Eine weitere Frage Frau Ono-Fellers bezieht sich auf die Schnittstelle in der Zusammenarbeit des Sozial- mit dem Jugendbereich bezüglich der sprachlichen Integration von Spätaussiedlern.

Herr Zenz teilt mit, dass es eine solche Schnittstelle nicht gibt, sondern eine Vermittlung in Sprachkurse im Rahmen von Programmen für die Sprachentwicklung von Spätaussiedlern durch den Bereich Soziales geschieht. Herr Tillmann ergänzt, dass die Kinder von Spätaussiedlern recht schnell vermittelt seien. Aufgrund Ihrer Motivation und guten Vorkenntnissen der deutschen Sprache sind sie nach der Einreise schnell in die Regelschule zu integrieren. Die Hauptschnittstelle ist für den Sozialbereich die *RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderfamilien)* und die Sprachförderung, die über diese Einrichtung vermittelt wird.

7 Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000

Herr Zenz zieht die Vorlage als Beschlussvorlage zurück, da in der Verwaltung noch kommunalverfassungsrechtliche Vorgaben eingearbeitet werden müssen. Weiterhin sei die Größe, die Finanzierung und die Einbindung des Beirates in das Ausschussgefüge der Stadt Bergisch Gladbach noch abzuklären. Wenn der Wunsch

besteht, die Vorlage in der laufenden Sitzung zu beraten, könnten vorgebrachte Änderungswünsche dann bereits für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 07.06.2001 eingearbeitet werden.

Herr Gronemeyer erinnert daran, dass der Antrag auf Einrichtung des *Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderungen* bereits vor 13 Jahren gestellt wurde.

Für die Beiratsbesetzung wünscht sich Herr Gronemeyer auch je eine behinderte Person aus dem Bereich des Ausländerbeirats und des Seniorenbeirats.

Herr Zenz warnt davor festzuschreiben, dass die Person aus dem Bereich des Ausländerbeirats und des Seniorenbeirats für den *Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen* auch behindert sein muss. Es reiche sicher aus, dass die Person in der Lage sein soll, die Situation von Behinderten nachvollziehen zu können.

8 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales - öffentlicher Teil -

8.1. Teilnahme an der Gesundheitskonferenz

Frau Schöttler-Fuchs fragt bezüglich der Gesundheitskonferenz auf Kreisebene nach dem Teilnehmer/ der Teilnehmerin seitens der Stadt und ob die Gleichstellungsbeauftragte mit einbezogen ist.

Herr Zenz sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

8.2. Unterkunft *Am Driescher Kreuz*

Herr Schnöring bittet, die Miethöhe für das Objekt *Am Driescher Kreuz (Hauptstr. 97)* mitzuteilen.

Herr Zenz sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:33 Uhr.

Kristel Bendig
Vorsitzende

Sabine Biesenbach
Schriftführerin

gesehen:

Michael Kotulla
Verwaltungsvorstand

Johannes Zenz